

**Öffentliche Bekanntmachung
vom 13. Mai 2026**

I. Gemäß § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 81 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg wird folgende Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht:

Haushaltssatzung der Universitätsstadt Tübingen für das Haushaltsjahr 2026

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 29. Januar 2026 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1.	Im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	Euro
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	376.535.720
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-382.814.060
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-6.278.340
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-6.278.340

2.	Im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	Euro
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	370.585.000
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-364.610.320
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	5.974.680
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	57.470.700
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-76.489.150

2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-19.018.450
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-13.043.770
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	12.000.000
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-7.424.610
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	4.575.390
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-8.468.380

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 12.000.000 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 25.930.650 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 60.000.000 Euro

Tübingen, 30. Januar 2026

gez. Boris Palmer
Oberbürgermeister

Hinweis

Die Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer A, B und C sind in einer eigenen Hebesatzsatzung festgesetzt.

II. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wurde gemäß § 81 Absatz 2 GemO der Rechtsaufsichtsbehörde am 24. Februar 2026 vorgelegt.

Das Regierungspräsidium Tübingen hat mit Schreiben vom 8. Mai 2026 (Az.: RPT0140-2241-366), die Gesetzesmäßigkeit der beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 bestätigt und die genehmigungspflichtigen Bestandteile unter Auflagen genehmigt.

Der Haushaltsplan wird auf der Internetseite der Universitätsstadt Tübingen öffentlich bereitgestellt. Er ist unter folgendem Link abrufbar: www.tuebingen.de/haushalt2026. Er steht dort bis zur Bekanntmachung der nächsten Haushaltssatzung zur Verfügung.

III. Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Universitätsstadt Tübingen geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der_ die Oberbürgermeister_in dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

Tübingen, 13. Mai 2026

gez. Boris Palmer
Oberbürgermeister

Tag der Bereitstellung im Internet: 13. Mai 2026